

Schweiz

Lobbyisten zerren ihre Kunden ans Licht

Die Schweizerische Public-Affairs-Gesellschaft plant ab Juli ein öffentliches Interessenregister. Einige PR-Leute wollen deshalb aus dem Verband austreten - etwa SVP-Politiker Gregor Rutz.

Von Fabian Renz
Bern

Den Politiker bezirzen und umschmeicheln, ihn zum Abendessen einladen, falls nötig auch mal eine subtile Drohung platzieren, alles im Interesse mächtiger Hintermänner, die auf eine bestimmte gesetzliche Regulierung oder Subvention hoffen - so ungefähr dürften sich viele Bürger das tägliche Lobbyistenhandwerk vorstellen. Die Schweizerische Public-Affairs-Gesellschaft (Spag) als Dachverband versucht jetzt, den zwielichtigen Ruf der Branche etwas aufzubessern. Insbesondere den Ruch von Geheimnis und Intransparenz möchte man loswerden: Ab 1. Juli sind die in der Spag vereinigten Kommunikationsprofis und Politberater verpflichtet, ihre Auftraggeber offenzulegen. Ein Kundenregister auf der Spag-Website soll jederzeit einen Einblick in das Geflecht der Interessenbindungen erlauben.

Entblössung der Kunden

Hinter dieser Offensive steckt mehr als verletztes Ehrgefühl. Die Lobbyisten streben einen direkteren Zugang in die Bundesberner Machtzentrale an; sie wollen sich dereinst von Stades wegen im Bundeshaus akkreditieren lassen können. Heute sind ihnen regelmässige Bundeshausbesuche nur möglich, wenn sie von Parlamentariern einen Gästebadge erhalten (allen National- und Ständeräten stehen davon je zwei zur Verfügung). Die Spag hofft, dass das Parlament ihre verschärfte Stadesregeln irgendwann als offizielle «Bibel» für die Lobbyistenpräsenz im Bundeshaus anerkennt.

Doch werden die vielen PR-Firmen, die der Spag angehören, die drohende Entblössung ihrer Kunden akzeptieren? «Mir sind bis jetzt nur zwei Mitglieder bekannt, die wegen der neuen Stadesregeln ihren Austritt angekündigt haben», sagt Spag-Präsident Fredy Müller. In der Tat gab es an der entscheidenden Generalversammlung vom März nur wenig Opposition. Von den rund 230 eingeschriebenen Spag-Mitgliedern waren



Parlamentarier und Lobbyisten diskutieren in der Wandelhalle im Bundeshaus in Bern. Foto: Peter Klaunzer (Keystone)

viele allerdings abwesend und haben vom Transparenzzwang womöglich noch gar nichts gehört.

Dies zeigt etwa das Beispiel des früheren SVP-Generalsekretärs Gregor Rutz, der erst durch den TA von den neuen Regeln erfuhr. Rutz führt in Zollikon ZH ein Consulting-Büro und ist einer von zwei amtierenden Nationalräten auf der Spag-Mitgliederliste. Der andere ist sein Basler Fraktionskollege Thomas de Courten; allerdings nimmt dieser seit seiner Wahl ins Parlament keine Beratermandate mehr wahr, wie er sagt. Rutz dagegen ist hier nach wie

vor aktiv - «und es kommt für mich überhaupt nicht infrage, meine Kunden öffentlich aufzulisten». Für ihn steht dieses System im Widerspruch zum Milizprinzip: «Transparenz macht vor allem Sinn bei Berufsparlamenten, die anfälliger für Bestechung sind. Unsere Politiker hingegen bleiben im Erwerbsleben und sind damit gewissermassen selber Lobbyisten.»

Der Kampf der Spag für einen vereinfachten Zugang ins Bundeshaus wird von Rutz mit Spott bedacht: «Wer in diesem Geschäft arbeitet und es nicht schafft, von einem Parlamentarier einen

Zutrittsbadge zu bekommen, wird besser Bademeister.» Wenn ihn die Spag zur Publikation seiner Kundenliste zwingen wolle, werde er den Verband verlassen, betont Rutz. «Alles andere wäre ein Vertrauensbruch gegenüber meinen Auftraggebern.»

Andere Kommunikationsberater haben da weniger Bedenken. «Das neue Register muss für die Kunden verkraftbar sein. Auch sie profitieren, wenn unsere Branche dank Transparenz an Vertrauen gewinnt», sagt etwa Stefan Wyrer, geschäftsführender Partner der Dr. Schenker Kommunikation AG.

Ähnlich sieht es der frühere CVP-Generalsekretär Tim Frey, der heute für den PR-Riesen Burson-Marsteller arbeitet: «Die meisten Kunden werden sich an dieser Neuerung nicht stören.» Die Spag-Regeln seien ein «vernünftiger Kompromiss». Frey weist darauf hin, dass für neue Mandate eine Meldefrist von sechs Monaten bestehe. Falls sich ein Kommunikationsberater also in einem heiklen Fall (etwa einem Arbeitskonflikt) engagierte und dieser innert einiger Wochen gelöst würde, bliebe die «notwendige Diskretion» gewahrt. «Über die grossen, langfristigen Mandate hingegen weiss heute eh fast jeder Bundeshausjournalist Bescheid», sagt Frey.

Nur ein Teil der Wahrheit

Anders gesagt: Das neue Spag-Register wird nur einen Teil der Wahrheit abbilden. Kommt hinzu, dass die Spag nicht die komplette Consultingbranche abdeckt - zu den aussenstehenden PR-Leuten gehören auch Nationalräte wie Lorenz Hess (BDP, BE) oder Doris Fiala (FDP, ZH). Den bisher aufwendigsten Versuch, zumindest das Lobbyistennetzwerk innerhalb des Bundeshauses zu kartografieren, unternahm im März die NZZ: Sie durchforstete das Handelsregister nach den Inhabern der Gästebadges, die den Zugang zur Wandelhalle im Bundeshaus ermöglichen.

Ein Beispiel von 2013 zeigt aber, dass sich auch mit dieser Methodik die Wandelhallenaktivitäten nicht vollständig ausleuchten lassen. So wurde die Revision des Alkoholvertrags klandestin von einem Bundeshausbesucher namens Arthur Loepfe mitgebracht. Dieser jedoch besitzt keinen Gästebadge, sondern genießt als ehemaliger Parlamentarier freien Zugang zum früheren Arbeitsplatz. Bis 2011 war Loepfe CVP-Nationalrat für Appenzell Innerrhodens - nun lobbyiert er für Appenzeller Alpenbitter.

[Download](#)
Zutrittsberechtigte in den Räten
lobby.tagesanzeiger.ch

«Der Hilfsfonds ist ein richtiger, erster Schritt»

Opfervertreter Walter Zwahlen befürchtet, dass die bis zu acht Millionen Franken, mit denen ehemalige Verdingkinder unterstützt werden sollen, nicht reichen.

Mit Walter Zwahlen sprach Felix Schindler

Es ist ein dunkles Kapitel der Schweizer Geschichte: Bis in die 80er-Jahre wurden Kinder von den Behörden ohne Gerichtsbeschluss in Heime gesperrt oder auf Bauernbetrieben verknechtet. Sie hatten keine Rechte, bekamen keinen Lohn und leisteten unvorstellbare Arbeitspensen. Junge Frauen wurden wegen «abnormer Veranlagung» unter Zwang sterilisiert, Burschen bis zur Bewusstlosigkeit geprügelt. Viele von ihnen leiden bis heute unter den traumatischen Erfahrungen.

Vor einem Jahr entschuldigte sich Justizministerin Simonetta Sommaruga im Namen des Bundesrats bei den Opfern von Zwangsmassnahmen für das Leid, das ihnen angetan wurde. Mittelfristig sollen sie auch finanzielle Wiedergutmachung erfahren. Eine definitive Regelung ist in Arbeit, eine Volksinitiative von Betroffenen wurde im März lanciert. Doch bis es so weit ist, werden drei bis vier Jahre vergehen.

Um Opfern in akuter finanzieller Not rasch Hilfe zukommen zu lassen, ist nun ein Soforthilfefonds geschaffen worden. Betroffene können ab Juni beim Bund um Beiträge ersuchen. Ein Ausschuss, dem Betroffene und Fachleute angehören, prüft die Gesuche. Ab September sollen die ersten Auszahlungen erfolgen. Vorgesehen sind einmalige Beiträge in der Höhe zwischen 4000 und 12000 Franken. Der Fonds wird mit frei-

willigen Beiträgen von Kantonen, Städten, Gemeinden und weiteren Institutionen alimentiert. Insgesamt sollen 7 bis 8 Millionen Franken zur Verfügung stehen. Der Schweizerische Bauernverband hat kürzlich bekannt gegeben, dass er sich nicht am Fonds beteiligen wolle, weil er diese Politik nicht beschlossen und selbst keine Kinder verdingt habe.

Eine der wenigen Organisationen, welche die Interessen der Verdingkinder vertritt, ist der Verein Netzwerk Verdingt. Präsident Walter Zwahlen erklärt, was er vom Soforthilfefonds hält.

Für wen ist das Angebot des Soforthilfefonds geeignet?

Man weiss, dass nur 37 Prozent der Verdingkinder eine Berufslehre machen konnten. Viele haben Gewalt erlitten, sind missbraucht worden und hatten ihr Leben lang eine schlecht bezahlte Stelle.

Walter Zwahlen

Der 64-Jährige vertritt als Präsident des Vereins Netzwerk Verdingt die Interessen ehemaliger Verdingkinder.



Heute haben sie körperliche wie psychische Schäden und eine unzureichende Altersvorsorge. Es gibt Leute, die können sich auswärts nicht mal eine Tasse Kaffee leisten. Für sie ist es enorm wichtig, mit einem Beitrag des Soforthilfefonds unterstützt zu werden.

Kann man ihnen mit Beiträgen bis höchstens 12000 Franken wirklich helfen?

Langfristig ist es zu wenig, das ist klar. Derzeit ist eine Volksinitiative hängig, die Opfer von Zwangsmassnahmen im Sinne einer Wiedergutmachung entschädigen soll. Die Beiträge aus dem Soforthilfefonds sind dazu geeignet, um jemanden

schnell zu unterstützen, der in sehr schlechten Verhältnissen lebt. Ausserdem sind viele Opfer inzwischen betagt und brauchen jetzt Hilfe. Sie können nicht länger auf Wiedergutmachung warten.

Welche Bedeutung hat die Schaffung des Soforthilfefonds für die Aufarbeitung dieses düsteren Kapitels der Geschichte?

Es ist ein richtiger, erster Schritt. Aber es zeigt sich, dass etwa der Bauernverband oder Kantone wie Genf ausscheren und sich nicht daran beteiligen wollen. Sie behaupten, keine Kinder verdingt zu haben, was natürlich nicht stimmt. Kneifen ist Gift für die Betroffenen.

Der Fonds würde ausreichen, um rund 1000 Betroffene zu unterstützen. Reicht das?

Bisher sind nicht einmal 5 Millionen Franken im Fonds. Ob wirklich 8 Millionen zusammenkommen, muss sich erst noch zeigen. Und ob diese reichen werden, ist ebenfalls völlig unklar. In der Schweiz wird jede Kuh und jedes Schaf statistisch erfasst, aber kein einziges fremdplatziertes Kind. Es gibt nur Schätzungen über die Zahl der Verdingkinder und der weiteren Betroffenen von Zwangsmassnahmen.

Mit wie vielen Opfern rechnen Sie?

Als Grössenordnung: Ich weiss inzwischen von 530 unterschiedlichen Heimen, in denen Kinder und Jugendliche untergebracht wurden. Die Erfahrungen aus dem Ausland deuten darauf hin, dass die Schweiz mit viel zu tiefen Zahlen rechnet. In Deutschland musste der Betrag verdreifacht werden. Es würde mich nicht überraschen, wenn mehr als 20000 Menschen um einen Beitrag ersuchen. Wenn dann die meisten leer ausgehen, wäre das eine Ohrfeige für die Betroffenen.

«Schwellen-Ruedi» für Ecopop

Ruedi Aeschbacher sitzt im Unterstützungskomitee von Ecopop. In seiner Partei, der EVP, löst dies Irritation aus.

Von Stefan Häne

Berühmtheit erlangt hat er als Pionier der Verkehrsberuhigung in der Stadt Zürich. Nun richten sich die Scheinwerfer aus einem anderen Grund auf «Schwellen-Ruedi»: Ruedi Aeschbacher (EVP) kämpft für eine Beschränkung der Zuwanderung. Der Alt-Nationalrat (1999 bis 2010) und ehemalige Zürcher Stadtrat (1978 bis 1994) figuriert im Unterstützungskomitee von Ecopop. Das Anliegen aus ökologisch-bürgerlichen Kreisen will die jährliche Nettozuwanderung in die Schweiz auf durchschnittlich 0,2 Prozent der Bevölkerung beschränken. Das wären derzeit 16000 Personen pro Jahr.

Von Aeschbachers Engagement haben führende Exponenten in der EVP bis Dienstag nichts gewusst, so Heiner Studer, der am 5. April als Präsident der EVP zurückgetreten ist, desgleichen seine Nachfolgerin, die Berner Nationalrätin Marianne Streiff. Beide lehnen die Initiative ab. Dass Aeschbacher für Ecopop einsteht, überrascht Streiff. Aeschbacher sei bekannt dafür, dass er sich stark für die Umwelt engagiere, sagt sie und ergänzt: «Für gewöhnlich in einer differenzierten Art.» Weiter werten möchte sie das Engagement ihres Parteikollegen nicht.

Auch Studer gibt sich diplomatisch: «Bei uns darf sich jeder seine eigene Meinung bilden.» Den Initianten attestiert er, den Finger auf einen wunden Punkt zu legen. Das Bevölkerungswachstum schaffe in der Tat ökologische Probleme, so Studer. Die Verlinkung zur Ausländerfrage, wie sie Ecopop vornehme, sei



Ruedi Aeschbacher. Eine Tagung zur «10-Millionen-Schweiz» durchführen - laut Studer auf Initiative Aeschbachers hin.

Kritik an Aeschbacher wird in der EVP nur hinter vorgehaltener Hand formuliert. Eine lautet dahin gehend, dass die EVP als kleine Partei, die im Nationalrat nur noch zwei Sitze halte, ihre verbliebenen Wähler keinesfalls mit Extrempositionen vergraulen dürfe; doch bestehe nun just diese Gefahr. Diese Befürchtung teilen jedoch nicht alle EVP-Politiker. Dazu gehört Peter Reinhard, Fraktionschef im Zürcher Kantonsrat. Glücklicherweise über Aeschbachers Support für Ecopop ist er gleichwohl nicht: «Man kann unter dem Titel Ökologie nicht alles und jedes unterstützen.» Aeschbacher war am Dienstag für den «Tages-Anzeiger» nicht zu erreichen. Parteifreunde von ihm vertreten unisono die Ansicht, dass sein Engagement rein ökologischen Motiven geschuldet und nicht etwa Ausdruck von Fremdenfeindlichkeit ist.

Nebst Aeschbacher finden sich im Komitee Vertreter aller grossen Parteien, auch solche aus dem ökologischen Lager, etwa Toni Reichmuth, der Präsident der Grünen Kantonalpartei Schwyz, und die St. Galler GLP-Kantonsrätin Erika Häusermann. Namen mit nationaler Strahlkraft fehlen jedoch. Zum Kreis prominenter Ecopop-Anhänger zählt dafür einer, der nicht im Komitee sitzt: Philippe Roch - ein Umweltextperte, der bis 2005 als Direktor des damaligen Bundesamts für Umwelt, Wald und Landschaft amtierte.